

:Freischreiber

Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten

Pressemitteilung

:Freischreiber verurteilt tendenziöse Anfrage der CDU/CSU-Fraktionen

Hamburg, 26. Februar 2025

Hamburg. Der Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten :Freischreiber verurteilt die Anfrage der Unionsfraktionen an die noch amtierende Bundesregierung, in der die Gemeinnützigkeit zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen in Frage gestellt wird.

„Die insgesamt 551 Fragen der Unionspolitiker zeugen von einer Geisteshaltung, die man sonst nur von der AfD kennt. Wir teilen die Einschätzung, dass diese Anfrage ein Angriff auf die freie Zivilgesellschaft in Deutschland ist“, sagt die :Freischreiber-Vorsitzende Eva Bodenmüller.

Der umfangreiche Fragenkatalog der Kleinen Anfrage betrifft auch journalistische Organisationen wie das Netzwerk Recherche, Correctiv und die Neuen deutschen Medienmacher*innen. Allein zum Netzwerk Recherche stellen die Unterzeichner, die Fraktionschefs von CDU und CSU Friedrich Merz und Alexander Dobrindt, mehr als 30 Fragen. „Die Rhetorik dieser Anfrage zeigt, dass wir uns unter einer unionsgeführten Bundesregierung in den nächsten vier Jahren auf ein Klima der Spaltung einstellen müssen“, stellt Bodenmüller fest.

Weiter stellt die Verbandsvorsitzende klar: „An dieser Anfrage sehen wir, wie die künftige Regierung mit demokratischen Werten umgehen wird. Umso wichtiger ist es, solidarisch zu sein und aus der Zivilgesellschaft heraus Widerstand zu leisten. Diese Anfrage macht mehr als deutlich, was uns als Gesellschaft von Seiten der künftigen Regierung erwartet. Unabhängiger Journalismus wird immer schwieriger und zugleich immer notwendiger. Offenbar glaubt die Union, unliebsame Stimmen auf diese Weise einschüchtern zu können.“

Respekt voreinander und demokratische Meinungsvielfalt sind für Merz und Dobrindt allem Anschein nach Werte, die sie nur für ihre Belange einfordern, nicht aber anderen zugestehen. Anders ist es nicht zu erklären, dass als gemeinnützig anerkannten Körperschaften wie unter anderem der Amadeu Antonio Stiftung, Peta, Foodwatch, Greenpeace, dem BUND und Omas gegen Rechts „parteipolitische Einflussnahme“ unterstellt wird – wenn auch in Form von vielen Fragen.“

Hintergrund der Kleinen Anfrage ist der Aufruf mehrerer Organisationen zu Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in den vergangenen Wochen, bei denen es auch zu Protesten gegen die CDU/CSU gekommen war. Merz und Dobrindt sehen darin „eine gezielte parteipolitische Einflussnahme“, die „nicht mehr vom Gemeinnützigkeitsrecht gedeckt ist“.

Weiter heißt es in der Drucksache 20/15035 des Bundestages, es sei zweifelhaft, ob Förderprogramme wie „Demokratie leben!“, die Vereine in ihrer gemeinnützigen Arbeit unterstützen sollen, ihren Zweck erfüllen.

:Freischreiber ist der einzige Berufsverband, der sich exklusiv für die Rechte hauptberuflich freier Journalistinnen und Journalisten einsetzt. Ihm gehören über 850 Mitglieder an.

Mehr Informationen: www.freischreiber.de

Presseanfragen

Vorstand

Eva Bodenmüller- eva.bodenmueller@freischreiber.de

Geschäftsstelle

Anna Heidelberg-Stein kontakt@freischreiber.de